

Sozialdemokratischer Pressedienst

Chefredakteur:
Helmut G. Schmidt
Heussallee 2-10, 5300 Bonn 1

Postfach: 12 04 08
Telefon: (02 28) 21 90 38/39
Telex: 06 86 846 pptr d

Inhalt

Dr. Erhard Eppler, Vorsitzender der Grundwertekommission der SPD, setzt sich mit der sicherheitspolitischen Doktrin der USA auseinander.

Seite 1

Egon Lutz MdB kommentiert die März-Zahlen der Bundesanstalt für Arbeit: Keine Ecke, hinter der der Aufschwung lauert.

Seite 3

Dr. Alfred Emmerlich MdB, stellvertretender Vorsitzender der SPD-Bundestagsfraktion, warnt vor einer Verschärfung des Demonstrationsrechts.

Seite 5

Dr. Dietrich Sperling MdB glossiert Offerten einer Autozeitschrift: Mit Vollgas in den Aufschwung.

Seite 6

38. Jahrgang / 65

6. April 1983

Abschrecken durch Enthauptungsdrohung?

Es ist die Pflicht der Deutschen die USA auf die Folgen der Nachrüstung hinzuweisen

Von Dr. Erhard Eppler
Vorsitzender der Grundwertekommission der SPD
Mitglied des SPD-Parteivorstandes

Mancher Besucher der USA mag sich in letzter Zeit gewundert haben, warum die Diskussion um die amerikanische Nuklearstrategie in Amerika in aller Breite und Härte geführt, ausgerechnet in dem Land mit einem Tabu belegt wurde, das davon am unmittelbarsten betroffen ist: in Deutschland.

Die Formel, es gehe den USA um Abschreckung, ist ebenso richtig, wie sie ungenau und verharmlosend ist. Es hat seit 1945 mindestens vier Doktrinen der Abschreckung gegeben. In den deutschen Köpfen hat sich die zweite, von Mac Namara erarbeitete Doktrin von der "mutual assured destruction", der gegenseitig gesicherten Zerstörung, festgesetzt. Und viele tun so, als gälte sie heute noch. Mac Namara wollte beide Seiten dadurch abschrecken, daß sie in jedem Fall mit Verlusten an Menschen und Industriekapazität rechnen mußten, die sie nicht hinnehmen konnten. Noch der SALT I - Vertrag (1972) schrieb die gegenseitige Verwundbarkeit bewußt fest. Indem beide Seiten auf Verteidigungswaffen gegen Atomraketen verzichteten, gaben sie die eigene Bevölkerung dem andern zur Geisel. Wer zuerst schoß, sollte als zweiter sterben. Darin lag nicht nur Abschreckung des Gegners, sondern Selbstabschreckung.

Hier ist nicht der Raum, darzustellen, wie sich Kissinger und vor allem Schlesinger bemüht haben, die Lähmung zu überwinden, die für die US-Außenpolitik von diesem Konzept ausging. Man könnte von einer Abschreckung durch Fähigkeit zur gestuften Kriegsführung sprechen. Vielleicht gehört dahin sogar noch Carters berühmte Direktive 59, mitten im Wahlkampf gegen Reagan am 25. Juli 1980 unterzeichnet.

Verlag:
Sozialdemokratischer
Pressedienst GmbH
Heussallee 2-10/217
5300 Bonn 2
Telefon: (02 28) 8 12-1

Verleger: Soziale
Demokratische
Presse-Verlag



Spätestens seit dem 22. März 1982, als Weinberger, durch seine Unterschrift unter ein Begleitdokument, die Verteidigungsleitlinie für die Jahre 1984 bis 88 in Kraft setzte, haben wir es mit der vierten Abschreckungsdoktrin zu tun.

Jetzt geht es um die totale Abschreckung, um die Fähigkeit einen Atomkrieg notfalls durchzustehen und zu gewinnen. Oder wie der "New York Times" zu entnehmen war, in einem Atomkrieg "die Oberhand zu behalten" (prevail) und die Sowjetunion zu zwingen, so rasch wie möglich das Ende der Feindseligkeiten zu suchen, "on terms favourable to the US.", also "zu Bedingungen, die für die USA günstig sind". Am 16. Januar 1983 gab UPI eine Zusammenfassung der Leitlinie. Dort heißt es: "Gegen alles Leugnen der Reagan-Regierung verlangen die Leitlinien, daß die USA in der Lage sein müssen, auch einen längeren (protracted) Atomkrieg durchzukämpfen und zu gewinnen." Ein Punkt der UPI-Meldung ist für Deutsche besonders aufregend: "Zu dieser Strategie gehört unter anderem ein Plan zur Enthauptung (decapitating) der militärischen und politischen Machtstruktur der Sowjetunion."

Politisch-militärische Bewegungsfreiheit, auch in der Dritten Welt, ist nur zu erreichen, wenn man dem Gegner nicht mit gegenseitiger Zerstörung drohen muß, sondern ihm zu verstehen geben kann, daß man die Mittel hat, ihn niederzukämpfen. Dazu gehört vor allem die Fähigkeit, innerhalb kürzester Zeit die Befehlszentralen, die politischen und militärischen, der andern Seite mit absoluter Präzision auszuschalten. Dafür gibt es keine bessere Waffe als die Pershing II, wenn sie "vor der Haustür der Sowjetunion", also in Deutschland, stationiert ist.

Die Pershing II gibt als Gegenwaffe zur SS 20 keinerlei Sinn, denn sie kann keine der tief im russischen Raum stationierten SS 20 je treffen, während die Pershing selbst, sollte die SS 20 wirklich zuschlagen, für sie ein leichtes Ziel wäre.

Weil dies auch die Sowjets wissen, sehen sie in der Pershing II die Enthauptungswaffe. Da kommt es dann nicht darauf an, ob 108 oder nur 40 davon aufgebaut werden. Insofern kann die Sowjetunion auf eine "Zwischenlösung" nicht eingehen.

Es ist reiner Selbstbetrug, Gromyko oder Falin in diesem Punkt nicht zu glauben. Sobald die erste Pershing stationiert ist, beginnt nicht die Verschrottung der SS 20, sondern die sowjetische Nach-Nachrüstung mit dem Ziel, die lebensgefährliche Enthauptungswaffe notfalls präventiv auszuschalten und die USA einer vergleichbaren Bedrohung auszusetzen. Und dann kommt die amerikanische Nach-Nach-Nachrüstung, der dann die sowjetische Nach-Nach-Nach-Nachrüstung folgt.

Ein Bündnis, das die Deutschen und viele andere Europäer mit solchen Aussichten schreckt, wird nicht mehr unangefochten bleiben können. Und es könnte sehr wohl sein, daß die militärischen Vorteile einer Stationierung durch die politischen Nachteile, den irreparablen politischen Schaden für die NATO, übertroffen werden. Es ist die Pflicht eines deutschen Politikers, die USA auf diese Folgen hinzuweisen. Gegen die NATO des Harmel-Berichts gab es in der Bundesrepublik so gut wie keinen Widerstand. Gegen eine NATO, die in der Lage sein soll, mit dem gewinnbaren Atomkrieg zu drohen, werden sich Millionen junger Menschen wenden, die sich dem amerikanischen Volk näher fühlen als mancher schneidige CSU-Mann.
(-/6.4.1983/ks/rs)

+ + +

Anmerkung: Erhard Eppler vertieft diese Gedanken in seinem im Mai erscheinenden Buch "Die tödliche Utopie der Sicherheit"



Da gibt's keine Ecke, hinter der der Aufschwung lauert

Bemerkungen zu den Arbeitsmarktdaten des Monat März

Von Egon Lutz MdB

Nur ein sehr oberflächlicher Beobachter könnte, falls er zudem noch die Koalitionsbrille auf der Nase hätte, aus den Arbeitsmarktdaten des März Trost schöpfen. Er würde möglicherweise darüber jubeln, daß Stings Beamte um den 20. März herum fast 150.000 Arbeitslose weniger gezählt haben als noch im Monat vorher, daß es "nur" noch 2,4 Millionen Arbeitslose gibt und daß es gelang, die Erwerbslosenquote von 10,4 Prozent im Februar auf 9,8 Prozent im März zu drücken. Doch wer nur ein wenig Ahnung von den saisonalen Schwankungen des Arbeitsmarktes hat, dem stehen weiter die Haare zu Berge. Nichts hat sich verbessert, im Gegenteil: Im Vergleich zum Vorjahre waren 575.000 Erwerbslose mehr zu beklagen. Wenn man dann noch bedenkt, daß die März-Zahlen den Quartalschluß 31. 3. nicht mehr beinhalten, dann besteht vollends kein Anlaß zu einer wie auch immer gearteten Genugtuung.

Welche Position des Arbeitsmarkts man auch nimmt, das trübe Bild hellt sich nicht auf. Überall ein saisonaler Rückgang und überall im Vergleich zum Vorjahr miese Werte. 59 Prozent aller Erwerbslosen waren Männer, und zwar total 1,4 Millionen, das ist eine Abnahme um 130.600, aber die neue Arbeitslosenquote liegt mit 9,4 Prozent immer noch turmhoch über dem Vorjahreswert von 7,1 Prozent. Etwas zögerlicher die Entwicklung bei den Frauen: Im März 978.000 ohne Beschäftigung, 18.000 weniger als im Vormonat, aber die Quote liegt mit 10,3 Prozent wiederum vor dem März 1982, wo 8,4 Prozent der Frauen eine Arbeit suchten.

Die Ausländer-Arbeitslosigkeit liegt 15,2 Prozent oder 313.000 fast unvermindert weit über dem Durchschnitt, im Vorjahr waren 11,9 Prozent der Ausländer arbeitslos gewesen. 203.000 Jugendliche suchen einen Job, das sind 9,5 Prozent der Jahrgänge unter 20. Das Jahr zuvor hatten 7,2 Prozent dieses bittere Los zu erdulden. Kaum ein Rückgang der Arbeitslosenzahlen ist bei den Schwerbehinderten, mit derzeit



130.000 (Abnahme 321) und bei den über 59jährigen mit derzeit 97.000 (Abnahme 381) zu verzeichnen gewesen. Ebenfalls nahezu ohne Bewegung war der Verlauf bei den teilzeitarbeitssuchenden Erwerbslosen: 252.000 registrierte, eine Abnahme von ganzen 500.

Eine einzige Position im ganzen Zahlentableau könnte etwas fröhlicher stimmen: Die Zahl der offenen Stellen ist um 41.000 auf 123.000 gestiegen, und es sind sogar 836 offene Stellen mehr zu verzeichnen als im März 1982. Aber, wenn man dann wieder die Relation zu den Stellensuchenden herstellt, fällt die Kinnlade prompt herunter: Im März kam auf über 19 Arbeitslose eine einzige offene Stelle. Und das ist nur der bundesrepublikanische Durchschnitt, regional schaut's viel schwieriger aus.

Der abgelaufene Monat brachte wieder die Aufhellung der beruflichen Teilarbeitsmärkte, die seit einiger Zeit nur noch quartalsmäßig aufgefächert werden. Auch hier Trostlosigkeit, wohin man blickt. Ein paar Beispiele mögen das belegen:

Bei den Metall- und Elektroberufen wurden 410.300 Arbeitssuchende registriert, 122.600 mehr als im Vorjahresquartal, das ist eine Zunahme um nicht weniger als 43 Prozent. Bei den Bauberufen hatten 218.500 keine Beschäftigung, 46.200 oder 27 Prozent mehr als im Vorjahr. Die Textilberufe melden 61.900 Arbeitslose, das sind "nur" 20 Prozent mehr als im ersten Quartal 1982, aber dies auf einem ohnehin schon dramatischen Niveau. Die Warenkaufleute melden 180.600 Arbeitslose oder 36 Prozent mehr als noch 1982, und im Dienstleistungsbereich sowie bei den Büro- und Verwaltungsberufen waren 285.000 Erwerbslose zu beklagen, 27 Prozent mehr als im Vorjahresvergleichszeitraum.

Fazit: Aus Stingls Zahlenwerk läßt sich keine einzige Position herausfiltern, die dem herbeigebeteten Aufschwung widerspiegeln könnte. Im Gegenteil: Auf's ganze Jahr gesehen, geht die Fahrt weiter in den Keller, wenn sie nicht durch entschlossenes beschäftigungspolitisches Handeln der Regierung und durch arbeitszeitverkürzende Maßnahmen der Tarifvertragsparteien gebremst wird. Von der Regierung ist allerdings nicht und von den Tarifvertragsparteien offensichtlich nur sehr wenig zu erwarten. Das bedeutet dann in der Realität: Nach einer leichten Erholung in den nächsten paar Monaten wird's wieder eisig werden auf dem Arbeitsmarkt. (-/6.4.1983/bgy/rs)

+ + +



Scharfmacher provozieren Gewalt

Der Staat darf gegenüber Demonstranten nicht den starken Mann spielen

Von Dr. Alfred Emmerlich MdB

Stellvertretender Vorsitzender der SPD-Bundestagsfraktion

Mehrere 100.000 Menschen haben in der Bundesrepublik über Ostern gegen eine Fortsetzung des nuklearen Rüstungswettlaufs protestiert. Dabei verdient besonders Anerkennung, daß die Ostrmärsche trotz des verantwortungslosen Versuchs des parlamentarischen Staatssekretärs Spranger (CSU) und anderer führender Politiker der CDU/CSU, durch Diffamierungen und haltlose Vorverurteilungen das Klima zu vergiften, friedlich verlaufen sind.

Allerdings kann nicht überhört werden, daß mit "gewaltlosem Widerstand" und "zivilem Ungehorsam" gerechnet werden muß, wenn im Herbst die Stationierungsvorbereitungen intensiviert werden oder gar die Stationierung selbst erfolgt. Nicht nur Stationierungsgegner, sondern auch die für die innere Sicherheit unseres Landes Verantwortlichen tragen angesichts dieser Situation in den kommenden Monaten eine besondere Verantwortung. Sie müssen alles vermeiden, was zur Eskalation und zum Umschlagen in offene Gewalttätigkeit beitragen könnte. Niemand darf sich erlauben, den starken Mann zu spielen. Vor einem rigorosen Einsatz staatlicher Machtmittel muß nachdrücklich gewarnt werden.

Scharfmachereien à la Spranger provozieren Gewalttätigkeit geradezu. Darauf hat der Vorsitzende der Gewerkschaft der Polizei am Wochenende zu Recht hingewiesen. Ähnliches gilt für die von der Koalition beabsichtigte Verschärfung des Demonstrationsrechts. Sie birgt die Gefahr unverhältnismäßigen Vorgehens der Sicherheitsbehörden in sich und fordert die gewalttätige Gegenreaktion heraus. Notwendig ist es, daß der Staat den Wunsch und den Willen zur Gewaltlosigkeit stärkt. Er darf ihm nicht dadurch den Boden entziehen, daß sich seine polizeilichen und justitiellen Maßnahmen vorwiegend gegen friedliche Demonstranten richten.

Leider läßt das verantwortungslose Gerede führender CDU/CSU-Politiker im Zusammenhang mit den Ostermärschen für die Zukunft nichts Gutes erwarten. Oder gehört es gar zum politischen Kalkül der Scharfmacher in der Union, ein Klima zu schaffen, das bei Demonstrationen friedliches Verhalten erschwert und Gewalttätigkeiten herausbeschwört?

(-/6.4.1983/ks/rs)

+ + +



Mit Vollgas in den Aufschwung

Gedanken beim Lesen einer Autozeitschrift

Von Dr. Dietrich Sperling MdB

Mir ist eine Zeitschrift auf den Tisch geflattert. Ehrenwort: Ich habe sie nicht gekauft.

Ich habe nur hineingeschaut, weil an irgendeiner Stelle gute und preiswerte Angebote versprochen waren.

Die habe ich auf Seite 85 gefunden: Zum Beispiel einen Rolls-Royce, Baujahr 1972 für 280.000 DM, oder einen gebrauchten Mercedes Benz 600 für 105.000 DM oder einen fast neuen Ferrari 512 für 135.900 DM.

Apropos: Die Zeitschrift heißt "Autowelt" und hat - wie ich hinterher feststellte - auch ein "Editorial". Das hat es mir angetan.

Denn es beginnt so: "Ich schlief und träumte, daß Leben sei Freude, ich erwarte und siehe: Das Leben war Pflicht. Da ging ich und schaffte und siehe: Die Pflicht ward Freude". "Und wenn die Pflicht sich lohnt und der Verdienst sich in Freude an den schönen Dingen im Leben widerspiegelt, kommt der Aufschwung."

Zunächst kommt aber die Einschränkung: "Auch wenn es schiefgegangen wäre, hätten wir Autos verkauft." Aber was? Die Aufklärung: "Aber heute, am 6. März 20.00 Uhr, ist uns klar, daß wir es leichter haben, ...".

Die Beruhigung: "Denn, Sie verehrte Autofreunde, können sich jetzt ohne schlechtes Gewissen ein neues Auto kaufen."

Gott sei dank. Wäre die Sache am 6. März um 20.00 Uhr nicht so klar gewesen, hätte sich niemand mehr ohne ein schlechtes Gewissen ein Auto kaufen können. Der Gefahr sind wir entronnen. "Mit Vollgas in den Aufschwung."

Wie gesagt, die preiswerten Angebote stehen auf Seite 85. Und es kosten nicht einmal alle über 100.000 DM ...

(-/6.4.1983/ks/rs)

+ + +

